Perspektivlosigkeit der WestLB beenden – Transparenz und neues Geschäftsmodell
(Plenarsitzung vom 12.11.2010)

Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 15/467

Rüdiger Sagel[*)] (LINKE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, das unendliche Thema „WestLB“ beschäftigt uns natürlich weiter. Das ist nicht nur ein Thema im Nachtragshaushalt, wo erneut für die Risikoabsicherung 1,3 Milliarden € vorgesehen sind, sondern natürlich auch eines, was die Situation der Bank insgesamt angeht. Man muss sagen: Die Entwicklung, die fast jeden Tag neue Themen mit sich bringt, ist rasant.

Noch letzte Woche war eine mögliche Fusion mit der BayernLB ein Thema in Nordrhein-Westfalen. Mittlerweile ist auch dieses Thema Vergangenheit und überholt, wobei man sagen muss: Es war aus meiner Sicht sowieso sehr merkwürdig, ernsthaft zu erwägen, mit der BayernLB zu fusionieren. Noch kürzlich konnten wir zum Beispiel in der „Börsenzeitung“ lesen: Mit BayernLB und WestLB wollen nun ausgerechnet zwei jener Landesbanken eine Fusion prüfen, die an ihrem maßlosen Risikoappetit zu Grunde gegangen wären, hätten die Steuerzahler sie nicht gerettet.

Das macht, glaube ich, deutlich, wie die Fachpresse in Nordrhein-Westfalen und bundesweit die WestLB einschätzt. In der Tat ist die Situation so, dass die Milliardenverluste in den vergangenen Jahren immer wieder durch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen ausgeglichen werden mussten. Die Turbulenzen sind vor allem dadurch entstanden, dass CDU und FDP, die in den letzten Jahren die Landesregierung hier gebildet haben, diese Bank nicht kontrolliert haben. Sie haben den Bankern bei ihren hochspekulativen Risikogeschichten, die zu diesen Milliardenverlusten der WestLB geführt haben, freie Hand gelassen.

Die „Süddeutsche Zeitung“ stellte kürzlich noch unter dem Titel „Der große Ausverkauf“ fest, dass die Bank weiterhin kein ausgereiftes Geschäftsmodell habe. Auch aktuelle Äußerungen – zum Beispiel der „Financial Times“, die der WestLB den Titel „Unfallgefährdetste Bank der Welt“ verlieh – machen deutlich, wie die Situation der WestLB zu beurteilen ist.

Ein neues Geschäftsmodell für die WestLB ist dringend vonnöten, damit die WestLB zukünftig tatsächlich krisenfrei arbeiten kann. Wir haben die Notwendigkeit, dieses Geschäftsmodell einzufordern, auch daran festgemacht, dass 77 Milliarden € an ehemaligen Wertpapieren in die sogenannte Bad Bank ausgelagert worden sind. Wir haben erlebt, dass Wertpapiere im Wert von 23 Milliarden € schon vorab in die Phoenix-Risikoabsicherung ausgelagert worden sind. Auch an der Stelle wird deutlich: Wir haben, was die WestLB angeht, eine nach wie vor hochproblematische Situation.

Natürlich haben wir den Druck der EU. Ich bin sehr gespannt, was von Seiten der Landesregierung

und der Landtagsfraktionen von SPD und Grünen, die diese Landesregierung bilden, aber auch von der Opposition, die für viele dieser Milliardenverluste verantwortlich ist, an neuen Vorstellungen kommt, wie die Zukunft der WestLB aussehen soll.

Die Linke ist sehr daran interessiert, dass die WestLB zukünftig und weiterhin als öffentlich-rechtliche Bank arbeiten und die Sparkassenzentralfunktion übernehmen kann. Wir sind aber nicht daran interessiert, dass weiterhin solche hochspekulativen Risikogeschäfte gemacht werden, wie sie in der Vergangenheit gemacht worden sind und wie sie offensichtlich schon wieder gemacht werden. Denn, wie anders ist es zu erklären, dass laut Informationen, die vom Rechnungshof veröffentlicht worden sind, 24 dieser Banker schon wieder Millionen-Boni bekommen? – Das ist darauf zurückzuführen, dass sich bei der Bank eben nichts verändert hat und wie in der Vergangenheit diese hochspekulativen Risikogeschäfte fortgesetzt werden.

Wir müssen darauf achten und es hinbekommen, dass die WestLB eine Perspektive hat. Allerdings wollen wir den Verkauf der WestLB nicht, den vor allem die Fraktion von CDU und FDP vorangetrieben haben – noch dazu von einem Herrn Merz, von dem man weiß, wo er politisch verortet ist und was er im Schilde führt.

Von daher sagen wir sehr deutlich: Perspektivisch wollen wir die WestLB erhalten. Wir wollen auch die Arbeitsplätze sichern. Ich bin sehr gespannt, welche anderen Modelle Sie vorschlagen, damit nicht das passiert, was in der Vergangenheit passiert ist.

So viel zunächst zur Einbringung dieses Antrages. Wir werden noch einiges von den anderen Fraktionen hören, wie sie sich die Zukunft der WestLB vorstellen.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. – Für die Fraktion der CDU hat nun der Abgeordnete Weisbrich das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Lüders. – Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt Herr Sagel.

Rüdiger Sagel[*)] (LINKE): Sie können das alles verdammen, es hilft in der Sache trotzdem nicht weiter.

(Zuruf von der SPD)

– Nein, denn die reale Situation sieht so aus, dass weiterhin Milliarden gezahlt werden sollen – und

müssen, vermutlich. Das ist die reale Situation.
Es ist schon interessant, wie sich die Experten von CDU und FDP hier aufspielen. Sie haben in den letzten Jahren nun wirklich alles unterlassen, um die WestLB zu kontrollieren, haben die Steuerzahler ohne irgendwelche Skrupel zahlen lassen.

(Beifall von der LINKEN)

Sie sind die Hauptverantwortlichen in dieser ganzen Geschichte.

(Zurufe von der CDU)

Diese Finanzkrise ist weiß Gott nicht vom Himmel gefallen. Dafür sind Gesetze und vor allem Öffnungen für die Wirtschafts- und Finanzmärkte der letzten Jahre verantwortlich, die Sie politisch zu verantworten haben. Das gehört auch zur Wahrheit. Sie haben durch Ihr politisches Agieren ganz wesentlich dazu beigetragen, dass diese Finanzkrise Realität werden konnte.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Eines ist auch interessant. Wenn man sich mal den Zickzackkurs von SPD und Grünen in den letzten Jahren anguckt …

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Daran warst du maßgeblich beteiligt!)

– Nein, nein, ich nicht! Sorry. Da war ich schon weg von den Grünen. Solange ich noch da war, hatten die Grünen eine ganz klare Position. Ewald Groth aber, der finanzpolitische Sprecher, hat in den letzten zweieinhalb Jahren dreimal die Position gewechselt. Sie waren damals auch für die Fusion mit der Bayerischen Landesbank. Nach dem, was danach passiert ist, wäre das eine Katastrophe geworden.

(Nadja Lüders [SPD]: Kaffeesatz!)

Das hätte die Steuerzahler noch mehr Milliarden gekostet. Das ist auch die Realität.
Kommen wir noch einmal zur Situation in Nordrhein-Westfalen. Das ist doch auch interessant. Sagen Sie mir doch einmal, wie hoch die Werthaltigkeit der WestLB ist. Darüber hört man

überhaupt nichts. Ich sage gar nicht, dass der neue Finanzminister nicht mehr Transparenz und Offenheit hineinbringt. Es ist aber nur ein kleines Stückchen.
Sie wollen sogar vor den Verfassungsgerichtshof gehen, weil diese 1,3 Milliarden € jetzt aus Ihrer Sicht nicht notwendig sind. Die andere Seite sagt: Wir müssen das sofort tun. – So viel zu Ihrer großen Einigkeit in Bezug auf die WestLB! Offensichtlich weiß keine Seite genau, was tatsächlich bei der WestLB los ist. Das ist doch die Realität. Was Sie hier zum Besten geben, macht das doch deutlich.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Gut, dass wir dich haben! – Britta Altenkamp [SPD]: Da bin ich froh, dass du bei uns bist!)

Der Bundesrechnungshof hat deutlich gemacht – das habe ich aus dem „Handelsblatt“; das gilt in Deutschland im Allgemeinen als seriöse Zeitung –, dass 24 Banker schon wieder Millionenboni bekommen. Wenn sich jetzt der Finanzminister zu der Aussage versteigt, dem sei nicht so, werden wir das in Zukunft vielleicht auch noch erleben.
Als Herr Linssen hier damals davon geredet hat, dass bei der WestLB Zahlungen in Höhe von einigen Hundert Millionen Euro zu leisten sind, habe ich schon gesagt: Das werden Milliarden. – Ich habe recht behalten. So viel zur Wahrheit und Klarheit dessen, was hier in den letzten Jahren gelaufen ist!

(Beifall von der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Also halten Sie den Ball mal ganz flach!
Die andere Geschichte, was die 1,3 Milliarden € angeht, wird noch zu klären – wahrscheinlich erst vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster, wenn ich das richtig verstanden habe.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Sagel.